



EP/ Sonderermittlungsausschuss Steuerdumping / Lobbyisten

Brüssel, 22.10.2015

Peter SIMON und Udo BULLMANN:
"Luft für respektlose Lobbyisten wird noch dünner"
Sozialdemokratische Abgeordnete aus ganz Europa schließen sich
Bann intransparenter Unternehmen an

Respektlosen Lobbyisten gehen in Brüssel die Gesprächspartner aus: Mit sofortiger Wirkung haben sämtliche 190 Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament beschlossen, dass bis auf weiteres keines ihrer Mitglieder noch deren Büros oder die Mitarbeiter Gesprächs- oder sonstige Kontaktanfragen von intransparenten Unternehmen annehmen. Betroffen sind Konzerne, die trotz Einladung nicht vor dem Ermittlungsausschuss gegen staatlich organisierte Steuervermeidung erschienen sind.

Die sozialdemokratische Fraktion schließt sich damit dem am Montag von der SPD-Gruppe beschlossenen Vorgehen an und zieht Konsequenzen aus der Weigerung einiger multinationaler Unternehmen wie Amazon, McDonalds oder Ikea, vor dem Sonderausschuss gegen staatlich organisierte Steuervermeidung zu erscheinen (vollständige Liste der Unternehmen - siehe unten).

"Eine derartige Missachtung demokratischer Grundsätze lassen wir nicht durchgehen", unterstreichen die SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** und **Udo BULLMANN**. "Wer ein parlamentarisch eingesetztes Gremium mit Füßen tritt, bekommt eine unmissverständliche Antwort. Die haben die Sozialdemokraten im Europaparlament jetzt geschlossen gegeben."

"Wenn diese Unternehmen tatsächlich an einem offenen Dialog interessiert sind, sollten sie ihr Verhalten schleunigst überdenken", betont der baden-württembergische Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im EP-Sonderermittlungsausschuss zu staatlich organisierter Steuervermeidung. "Die Konzerne haben schon bald die Möglichkeit, zu einem demokratischen Verständnis zurückzukehren. Für Montag, den 16. November haben wir sie erneut in den Sonderermittlungsausschuss TAXE geladen. Klar ist: Solange diese Unternehmen ihr Verhalten nicht ändern, werden wir den Nullkontakt aufrechterhalten."

"Die genannten Konzerne stören Ermittlungen gegen die massive staatlich unterstützte Steuervermeidung in Europa, die von allen demokratischen Kräften im Europäischen Parlament unterstützt werden", so **Udo BULLMANN**, Vorsitzender der Europa-SPD. "Wir freuen uns, sollten sich die anderen Parteien im Europaparlament der Initiative anschließen."

Die angeschriebene Unternehmen sind Amazon, Anheuser-Busch InBev, Barclays Bank Group, Coca-Cola, Facebook, FIAT-Chrysler Automobiles, Google, HSBC Bank, IKEA, McDonald's, Philip Morris, Walmart, Walt Disney.